

**Denkschrift  
zur deutschen Frage**

**„Verklammerung und Wiedervereinigung“**

Von Wolfgang Schollwer

(Juni 1962)

1962

Nr. 33

( G e h e i m ! )

VERKLAMMERUNG UND WIEDERVEREINIGUNG

- Denkschrift zur deutschen Frage -

Von Wolfgang Schollwer

# DER WEG ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

## Inhalt:

|   |          |
|---|----------|
| I. Einleitung   | Seite 1  |
| II. Die Prinzipien der Deutschlandpolitik der FDP   | Seite 3  |
| 1. Ihre Rechtfertigung  | Seite 4  |
| 2. Ihre Voraussetzungen   | Seite 6  |
| III. Die Entwicklung der internationalen Lage seit dem Deutschlandplan der FDP im Januar 1959         | Seite 8  |
| 1. Die Integration  | Seite 9  |
| 2. Die Stalinisierung der SBZ   | Seite 9  |
| 3. Die Trennung   | Seite 9  |
| 4. Berlin   | Seite 10 |
| 5. Sowjetunion und Friedensvertrag  | Seite 10 |
| IV. Die Deutschlandvorstellungen der FDP vor dem Hintergrund der jüngsten internationalen Entwicklung | Seite 11 |
| 1. Der Friedensvertrag  | Seite 11 |
| 2. Die Auftragsverhandlungen  | Seite 11 |
| 3. Der Austritt aus den Blöcken   | Seite 12 |
| 4. Das Europäische Sicherheitssystem  | Seite 12 |
| 5. Die Rüstungsbegrenzungen   | Seite 12 |
| 6. Die Aufgabe der DDR durch Moskau   | Seite 12 |
| V. Wiedervereinigungspolitik nach altem Muster oder Politik der Verklammerung Deutschlands?           | Seite 12 |
| 1. Die Ziele einer aktuellen Wiedervereinigungspolitik:   | 13       |
| a. Die Wiederannäherung der beiden deutschen Teile  |          |
| b. Die Entstalinisierung der DDR  |          |
| 2. Ein Minimalprogramm für die deutsche Wiedervereinigung:  | Seite 14 |
| a. Die westlichen Zugeständnisse  |          |
| b. Die östlichen Zugeständnisse   |          |
| c. Die Schaffung gesamtdeutscher Institutionen  |          |

./.

|   |          |
|---|----------|
| VI. Fragen, Probleme und Hoffnungen einer neuen Wiedervereinigungs-Konzeption                     | Seite 17 |
| 1. Temporärer "Verzicht" und Grundgesetz  | Seite 17 |
| 2. Die Chancen dieser Konzeption in Moskau  | Seite 17 |
| 3. Die Vor- und Nachteile der Konzeption für das deutsche Volk, die Bundesrepublik und den Westen | Seite 17 |
| VII. Konsequenzen und Schlussbemerkung  | Seite 24 |

## VORBEMERKUNG

Dieser Denkschrift zur deutschen Frage liegt eine Gedanken-  
skizze zur Deutschlandpolitik der Freien Demokraten zugrunde,  
die Mitte März 1962 niedergeschrieben und am 9. April 1962  
auf einer Klausurtagung des Vorstandes der FDP-Bundestags-  
fraktion in Bonn vorgetragen und diskutiert worden ist.  
Die Mitglieder des Aussenpolitischen Arbeitskreises der FDP,  
soweit sie der Bundestagsfraktion angehören, wurden am  
14. Mai d.J. über den Inhalt dieser Gedankenskizze unter-  
richtet.

Die jetzt vorliegende Denkschrift stellt eine in einigen  
Teilen abgeänderte und ergänzte Fassung der Arbeit vom März  
dar. In ihr finden Überlegungen ihren Niederschlag, die sich  
aus zahlreichen Gesprächen mit den Diplomaten der vier Mächte  
sowie mit Publizisten und Journalisten aus allen fünf Erdteilen  
über das Deutschlandproblem während der letzten zwölf Monate  
ergaben.

Bonn, Ende Juni 1962

## I. Einleitung

Die politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland wird gegenwärtig im aussenpolitischen Bereich von einer dreifachen Sorge erfüllt:

Sie bangt um die Erhaltung des Friedens und fürchtet den Ausbruch eines militärischen Konflikts wegen Berlin.

Sie sorgt sich um die Zukunft Berlins und um die relativ schwache Position des Westens in der deutschen Hauptstadt.

Sie denkt mit Bangen an die Möglichkeit, dass Kompromisse über Berlin zu einer endgültigen Fixierung der deutschen Spaltung führen und die Hoffnung auf eine deutsche Wiedervereinigung für immer zer schlagen könnten.

Nur im ersten Falle findet sich das deutsche Volk in weitgehender Übereinstimmung mit all den Mächten, die für sein zukünftiges Schicksal letzten Endes mitbestimmend sind. Die Vereinigten Staaten haben aus der Sorge um die friedensgefährdende Entwicklung des Berliner Problems im vergangenen Dezember die Sondierungsgespräche mit der Sowjetunion aufgenommen. Durch eine Reihe von zum Teil umstrittenen Vorschlägen für ein Interimsabkommen über Berlin versuchen die Amerikaner, sich der ihnen noch von der Eisenhower Administration eingebrachten schrecklichen Alternative "Krieg oder Kapitulation" in Berlin zu entziehen und die Freiheit des Handelns, wenn auch vielleicht nur begrenzt, auf diesem Schlachtfeld des Kalten Krieges wiederzugewinnen.

Die Sowjetunion sieht sich zwar nicht der gleichen, doch immerhin einer ähnlichen Lage und Notwendigkeit gegenüber. Obwohl ihre Positionen in Berlin bedeutend stärker als die des Westens sind, hat sie sich doch so weitgehend an einen bestimmten Berlin-Kurs gebunden, sich so nachdrücklich gegenüber der DDR in ihrer Berlin-Politik verpflichtet, dass ihr fast nur noch die Flucht nach vorn d.h. in einen möglichen Krieg, jedoch nur noch in ganz bescheidener

Maße ein ehrenhafter Rückzug bleibt. So geriet auch sie - ähnlich den Amerikanern - in die verheerliche Zwangslage der Alternative "Krieg oder Kapitulation", aus der sie sich nun durch gewisse Zugeständnisse des Westens und eigene möglichst geringfügige Konzessionen zu befreien sucht. Moskaus Interesse, es in Berlin zu keinem Krieg kommen zu lassen, wurde auch dadurch offenbart, dass es mehrfach den selbst gesetzten Termin für den Abschluss eines Friedensvertrages aufschob und seine Truppen immer dann an die Demarkationslinie schickte, wenn sich der Fanatismus der deutschen Kommunisten in Provokationen gegenüber den Westmächten und Berlinern ummünzte und damit explosive Spannungszustände an der Trennungslinie zwischen Ost und West schaffte.

Die Sorge der deutschen Öffentlichkeit um die Zukunft Berlins ganz allgemein und die schwache Position des Westens in der Stadt wird vornehmlich von den USA geteilt. Im Gegensatz zur französischen Regierung sieht nämlich die Regierung der Vereinigten Staaten den gegenwärtigen Zustand West-Berlins, speziell im Hinblick auf seine Verbindungswege nach dem Westen, auf die Dauer als unhaltbar an. Bei anhaltender militärischer Stärke des Ostens geraten die westlichen Positionen in der Hauptstadt ohne zusätzliche vertragliche Abmachungen mit der Sowjetunion auf die Dauer immer mehr ins Rutschen und zerren so die Westmächte in einen militärischen Konflikt, den sie so weit wie irgend möglich zu vermeiden suchen.

Aber gegenwärtig steht die amerikanische Regierung noch ziemlich allein bei ihren Bemühungen, diesem gefährlichen Zustand ein Ende zu setzen. Frankreich versagt den USA dabei die Gefolgschaft und hält nichts von dem Versuch Washingtons, durch ein neues Abkommen mit der UdSSR in Berlin wieder festeren Boden unter die Füße der Westmächte zu bekommen. Paris lehnt es ab, unter dem Druck der sowjetischen Berlin-Politik mit Moskau zu verhandeln. Es glaubt, der Westen habe Zeit abzuwarten, bis die Sowjets sich gezwungen sähen, durch praktische Entspannungsmassnahmen in Berlin die Aufrichtigkeit ihrer Verhandlungsbereitschaft deutlich zu bekunden.

Die Haltung der politischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik ist zwiespältig. Sowohl in der Bundesregierung selbst als auch in den beiden Koalitionsparteien ist der Meinungsstreit darüber entbrannt, ob und in welchem Ausmass die derzeitige amerikanische Berlin-Politik von der Bundesrepublik unterstützt und in welchen Punkten sie ergänzt oder abgeändert werden muss.

Dabei stellt sich für die Freien Demokraten vor allem die Frage, ob Kennedys Berlin-Programm letzten Endes nicht zu einer endgültigen Fixierung der deutschen Spaltung, zur Aufgabe jeder deutschen Wiedervereinigungspolitik des Westens führt. Ausgehend von der These, dass die Berlin-Frage nur im Rahmen der Wiederherstellung Deutschlands als Einheitsstaat dauerhaft und sinnvoll gelöst werden kann, sehen Mitglieder unserer Partei in dem Versuch des amerikanischen Präsidenten, ohne vorherige Lösung des deutschen Problems insgesamt eine Berlin-Regelung mit den Sowjets auszuhandeln, die, wie Kennedy annimmt, dazu führen würde, dass "wir in diesem Gebiet auf Jahre hinaus Frieden haben" (Interview mit Alexej Adschubej am 28.11.1961), einen ersten Schritt der Vereinigten Staaten auf das Ziel hin, auf der Basis der Zweiteilung Deutschlands zu einem modus vivendi mit der UdSSR zu kommen.

## II. Die Prinzipien der Deutschlandpolitik der Freien Demokraten

Es liegt nahe, angesichts einer solchen möglichen Entwicklung unverzüglich die Frage zu prüfen, was die FDP, was vor allem die Bundesregierung tun kann, damit die nationalen Interessen des deutschen Volkes bei den Ost-West-Verhandlungen über Berlin berücksichtigt werden können und die Gelegenheit beim Schopfe gepackt wird, um via Berlin zum deutschen Problem in seiner Gesamtheit vorzustossen, wie es nach Auffassung der polnischen Wochenzeitung KIERUNKI auch das Ziel der sowjetischen Berlin-Politik ist.

Um diese Frage zu beantworten, ist es zunächst notwendig, mit aller Sorgfalt zu prüfen

- a) ob das von uns bisher empfohlene Instrumentarium zur Lösung des deutschen Problems bei dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung der internationalen Lage noch anwendbar ist und ob man im bejahenden Falle die Bundesregierung, die Westmächte und die Sowjetunion gleichermaßen für unsere Deutschlandsvorstellungen gewinnen kann;
  - b) ob nicht andernfalls ein Weg beschritten werden kann und muss, der gleichermaßen, wenn auch auf anderer Weise, und gegebenenfalls in längeren Zeiträumen, zu dem gewünschten Ziele führt.
- 1.) Für die FDP ist es seit langem eine absolute Selbstverständlichkeit, dass die Frage der deutschen Einheit an der Spitze jeder deutschen Politik zu stehen habe. Das Schlagwort "Wiedervereinigung zuerst und vor allem" war und ist mehr als nur eine zugkräftige Parole, gezielt auf eine nationalgesinnte Wählergruppe. Es drückt vielmehr unzweifelhaft die Wünsche und Empfindungen der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder aus. Es war darum nur konsequent, wenn die FDP in den vergangenen Jahren wiederholt die Forderung erhob und sogar in ihrem BERLINER PROGRAMM expressis verbis niederschrieb, dass "alle innen- und aussenpolitischen Anstrengungen ... in erster Linie ... der friedlichen Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den ostdeutschen Gebieten in einem Deutschen Reich mit freiheitlicher Ordnung" zu dienen habe.

Die Rechtfertigung für eine solche Politik leitet unsere Partei aus folgenden Feststellungen her:

- a) dass das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in seiner Präambel die Verpflichtung der Deutschen zur Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit durch den Satz aus-

drücklich festlegt, "das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden";

- b) dass die Freiheit aller Deutschen nur in der Einheit des Vaterlandes möglich sei;
- c) dass, den Erfahrungen aus den vergangenen 17 Jahren der deutschen Teilung entsprechend, das Fortdauern der Spaltung Deutschlands und Berlins eine permanente Bedrohung des Weltfriedens darstelle;
- d) dass der Artikel I der Charta der Vereinten Nationen jedem Volke, also auch dem deutschen, den Grundsatz der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung verbürgt, und dass damit der Anspruch des deutschen Volkes auf seine staatliche Einheit auch international sanktioniert ist;
- e) dass sich schliesslich der Rechtsanspruch des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung aus zahlreichen Dokumenten und Erklärungen der Siegermächte direkt oder indirekt ergibt. So aus dem Abkommen der Drei Mächte vom 14. November 1944 über den Kontrollmechanismus in Deutschland, aus der Erklärung der Drei Mächte in Jalta vom 11. Februar 1945 über die Besetzung und Kontrolle Deutschlands, aus den Vier Deklarationen der Vier Mächte bezüglich Deutschlands vom 5. Juni 1945, aus dem Abschnitt III des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945, sowie aus zahlreichen Erklärungen dieser Mächte, die in den folgenden Jahren einzeln oder gemeinsam zur deutschen Frage und zu dem Recht des deutschen Volkes auf seine nationale Einheit abgegeben worden sind.

2.) Wir Freien Demokraten haben bisher die Prävalenz der Wiedervereinigungspolitik gegenüber anderen politischen Überlegungen nicht nur durch solche Fakten gerechtfertigt gefunden, sondern waren der Auffassung, dass die Wiederherstellung der deutschen Einheit auch heute noch unter den sehr schwierigen aussenpolitischen Bedingungen durchaus realisierbar ist.

Die wesentlichsten Ansatzpunkte für eine solche Politik bieten nach Auffassung der FDP

die in Artikel 2 des Deutschland-Vertrages vom 23. Oktober 1954 festgelegte Verantwortlichkeit der Westmächte in Bezug "auf Deutschland als Ganzes einschliesslich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung",

die wiederholt erklärte Bereitschaft der Sowjetregierung, "jederzeit an Verhandlungen zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland teilzunehmen" (Note der Regierung der UdSSR an die drei Westmächte vom 27. November 1958)

und die Tatsache, dass weder die Westmächte noch die Sowjetunion jemals dem deutschen Volke das Recht auf Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit abgesprochen haben.

Die FDP hat dazu wiederholt festgestellt, dass man auf dem Wege der Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag das deutsche Problem lösen kann, Das hat zur Voraussetzung, dass die Vier Mächte in Verhandlungen über den militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschland eintreten und

a) unter Beteiligung der staatlichen Organe in beiden getrennten Teilen Deutschlands einen gerechten Friedensvertrag für Gesamtdeutschland erarbeiten;

- b) die Vertreter aus beiden Teilen Deutschlands auffordern, Vereinbarungen über Massnahmen zu treffen, die in deutscher Zuständigkeit liegen und der Wiederherstellung der staatlichen Einheit dienen (Auftragsverhandlungen);
  
- c) das wiedervereinigte Deutschland auf jegliche Teilnahme an Militärbündnissen verzichtet, die Bestandteile eines Systems von Blöcken und Gegenblöcken in Europa sind und deren geographische Stoßrichtung eine bündnispolitische Option entweder zugunsten des Westens oder des Ostens bedingt;

- d) das wiedervereinigte Deutschland stattdessen sich bereit erklärt, auf gleichberechtigter Grundlage Vertragspartei eines Bündnissystems zu werden, dessen Ziel die Festigung der gesanteuropäischen Sicherheit ist und dem neben anderen Staaten zumindest die USA, die UdSSR, England und Frankreich angehören (Europäisches Sicherheitssystem); und
- e) sich schliesslich das wiedervereinigte Deutschland zur Einschränkung seiner Rüstung sowohl qualitativ als auch quantitativ und zur Einbeziehung in eine atomwaffenfreie Zone verpflichtet.

Diese von unserer Partei im Januar 1959 niedergelegten und später als "Grundrisse eines Friedensvertrages" veröffentlichten Leitvorstellungen der FDP für die "Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer dauerhaften Sicherheitsordnung in Europa" sind bis zum heutigen Tage in ihren Grundzügen das Fundament der Deutschlandpolitik der Freien Demokraten geblieben. Die fanden ihren Niederschlag in dem "Aufruf der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 1961" ebenso wie in den aussenpolitischen Passagen des Koalitionsabkommens zwischen der CDU/CSU und den Freien Demokraten vom 20. Oktober 1961. Sie implizieren auch heute noch die Möglichkeit, in absehbarer Zeit, ja kurzfristig, mit Zustimmung der Sowjetunion und der drei Westmächte zur Liquidierung des Kommunismus in der DDR und Ausdehnung des Kapitalismus bis mindestens an die Oder-Neisse-Linie zu kommen, die Militärblöcke in Europa beseitigen zu können und ein militärisch neutralisiertes Gesamtdeutschland schaffen - und also einen vollständigen politischen, militärischen und auch wirtschaftlichen Umbruch der gesamten Weltpolitik am Verhandlungstisch erreichen zu können.

### III. Die Entwicklung der internationalen Lage seit dem Deutschlandplan der FDP im Januar 1959

Ich möchte die Frage offen lassen, ob es in den vergangenen Jahren jemals die Möglichkeit gegeben hat, ein solches Programm am Verhandlungstisch der Vier Mächte zu realisieren und die Wiedervereinigung "in einem Zug" herbeizuführen oder doch wenigstens in zeitlich genau festgelegten, überschaubaren Etappen. Die Vermutung liegt allerdings nahe, dass wenn es je in den vergangenen Jahren eine Chance für die Verwirklichung eines solchen Maximalprogramms gegeben haben sollte, der Zeitpunkt auf jeden Fall vor dem Eintritt der beiden Teile Deutschlands in die Militärblöcke und vor der Totalintegration der Bundesrepublik und der DDR in die westlichen und östlichen Wirtschaftsgemeinschaften gelegen haben muss. Auch nach 1955 hat zwar die Sowjetunion wiederholt ihr Interesse an Verhandlungen über Deutschland bis in diese Tage hinein zum Ausdruck gebracht, doch gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass sie dabei den Wiedervereinigungsvorstellungen der FDP entgegenzukommen bereit gewesen wäre.

Aber selbst, wenn man sich diese Auffassung nicht zu eigen machen und behaupten sollte, dass auch im Jahre 1959 ein Übereinkommen mit der UdSSR über eine Wiederherstellung Deutschlands in Freiheit auf der erwähnten Basis möglich und also der FDP-Deutschlandplan realistisch gewesen ist, so kann man doch wohl die Augen nicht vor der Tatsache verschliessen, dass in den seitdem verstrichenen drei Jahren eine Verständigung der Vier Mächte über dieses Problem noch unvergleichlich schwieriger geworden ist, als sie ohnehin schon immer war. Denn diese Jahre standen ja nicht etwa im Zeichen einer allmählichen Wiederannäherung der getrennten Teile, ja nicht einmal wenigstens eines Stillstandes der zentrifugalen Entwicklung in Deutschland, sondern ganz offensichtlich unter dem Vorzeichen einer immer schnelleren Entfremdung und immer hoffnungsloseren

Spaltung zwischen der Bundesrepublik und der sowjetischen Besatzungszone.

- 1.) Seit 1959 ist die politische, wirtschaftliche und militärische Integration der Bundesrepublik in West-Europa und die Atlantische Gemeinschaft zügig vorangeschritten. Das gleiche gilt für die Zone im Hinblick auf den Warschauer Pakt und die osteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft (Comecon). Beide deutschen Teilstaaten sind heute nicht mehr aus ihrem jeweiligen Integrationsbereich herauszulösen, ohne sich selbst und die mit ihnen verbundenen Länder in unübersehbare Schwierigkeiten zu bringen.
- 2.) Zugleich steht in der Sowjetzone die Liquidierung der letzten Reste nichtkommunistischer Wirtschaftsformen vor ihrem Abschluss. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft ist die Privatwirtschaft bis auf geringfügige Reste inzwischen beseitigt. Hier ist man zur Zeit dabei, eine "höhere Stufe" der Kollektivierung zu erklimmen, bei der die Relikte der in den Kolchosen der 1. Stufe noch geduldeten individuellen Hauswirtschaft beseitigt werden sollen. Die endgültige Verstaatlichung des Handwerkes ist nahezu erreicht. Mit der weiteren Stalinisierung des Justizapparates, der Schul-, Kultur- und Jugendpolitik ist der Unterschied zu den politischen Formen der Bundesrepublik in den letzten Jahren noch wesentlich krasser geworden, ja er ist z.T. heute schon grösser als der zwischen Westdeutschland und Sowjetrussland, vom kommunistischen Polen ganz zu schweigen.
- 3.) Die menschlichen Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und der Zone sind seit dem 13. August 1961 nahezu völlig den Zwangsmassnahmen des Zonenstaates erlegen. Die evangelische Kirche lebt in der Trennung, der Besucherverkehr von der Zone nach dem Westen wurde völlig eingestellt, nachdem das Regime nur noch Funktionären eine Ausreiseerlaubnis

aus der DDR erteilt. Die Kontakte mit Westdeutschland werden mittlerweile auch optisch und akustisch dadurch weitgehend unmöglich gemacht, dass die Bewohner der Zone verpflichtet werden, künftig keine westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen mehr einzustellen. In Berlin ist es den Bewohnern des freien Teiles der Stadt seit dem 13. August verboten, ihre Angehörigen in Ost-Berlin oder in der Zone zu besuchen, und erst in letzter Zeit haben die Zonenbehörden neue Verfügungen herausgegeben, durch die es auch den Bewohnern der Bundesrepublik immer schwerer gemacht werden soll, ihre Verwandten und Freunde jenseits von Mauer und Zonengrenze zu besuchen.

- 4.) Mit der Errichtung der Mauer am 13. August hat zudem auch Berlin seine Funktion als letzte Klammer zwischen den beiden deutschen Teilen verloren. Der Ostsektor wurde, nachdem er de facto schon seit Jahren zur Zone gehörte, nun auch noch "de jure" von der DDR annektiert. Der Viermächtestatus Berlins existiert nicht mehr und Zonen- wie Sektorengrenzen wurden von dem Zonenregime ganz offiziell zur Staatsgrenze der DDR erklärt.
- 5.) In logischer Konsequenz dieser von der Sowjetunion nachdrücklich geförderten Disjunktionpolitik in Deutschland hat die Regierung der UdSSR in neuerer Zeit auch keinen Zweifel mehr daran gelassen, dass sie eine Wiedervereinigungspolitik nicht nur nach den Vorstellungen der Bundesregierung, sondern auch nach denen der Freien Demokraten in keiner Weise für akzeptabel hält. Blieb in der Moskauer Note vom 27. November 1958 noch offen, ob man den Begriff "Friedensvertrag mit Deutschland" nicht auch als einen Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland interpretieren könne, so lässt Chruschtschow seit etwa ein Jahr keinen Zweifel darüber, " dass man bei dem Abschluss eines Friedensvertrages von der Realität, d.h. von der objektiven Tatsache des Bestehens zweier deutschen Staaten ausgehen muss ( Chruschtschow-Rede zur Deutschlandfrage

Moskau, am 8. September 1961). Mit diesen Staaten müsse denn auch ein Friedensvertrag geschlossen werden, und es wäre ein grosser Beitrag zur Festigung des Friedens, so fuhrt Chruschtschow damals fort, wenn alle Staaten sowohl mit der Bundesrepublik Deutschland als auch mit der DDR die diplomatischen Beziehungen aufnehmen würden, "um de facto und de jure das reale Bestehen der zwei deutschen Staaten zu fixieren". Der sowjetische Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen, Sorin, hat übrigens am 15. November 1961 in der Abrüstungsdebatte des Politischen Ausschusses der UN-Vollversammlung noch einmal bestätigt, dass die Sowjetunion den Frieden mit Deutschland durch den Abschluss eines Friedensvertrages mit den "beiden Deutschlands" (DPA 177 al v. 15.11.1961) herzustellen trachte. Die Sowjetunion, das ist eine bittere Tatsache, ist heute weniger denn je bereit, den Satellitenstaat DDR den "westlichen Kapitalisten" zu opfern.

#### IV. Die Deutschlandsvorstellungen der FDP vor dem Hintergrund der jüngsten internationalen Entwicklung

Die politischen Realitäten des Jahres 1961 zwingen mithin zu folgenden Feststellungen:

Es ist nahezu ausgeschlossen, dass

1. heute, morgen oder in abschbarer Zukunft die Sowjetregierung der Erarbeitung eines Friedensvertrages für ein wiedervereinigtes Deutschland zustimmen wird;
2. dass die Sowjetregierung die von der FDP vorgeschlagenen Auftragsverhandlungen der staatlichen Organe aus beiden Teilen Deutschlands akzeptiert, insbesondere dann, wenn die Bundesregierung nicht zuvor ausdrücklich die Zweistaatlichkeit Deutschlands anerkannt hat; und dass bei der augenblicklichen Lage in Deutschland solche Verhandlungen auch nur zu dem geringsten Erfolg führen könnten;

3. dass in der gegenwärtigen Phase der Weltpolitik der Westen den Austritt des westlichen Deutschland aus NATO oder WEU hinnehmen könnte, um ein nicht blockgebundenes, also militärisch neutralisiertes Gesamtdeutschland dafür einzutauschen;
4. dass angesichts der internationalen Lage in absehbarer Zeit die Auflösung der gegenwärtigen Militärblöcke und die Bildung eines Europäischen Sicherheitssystems möglich wäre, das ja nach der durchaus richtigen Auffassung der FDP gewissermassen der Schlüssel überhaupt für die Wiedervereinigung ist;
5. dass Rüstungsbegrenzungen im deutschen und mitteleuropäischen Raum von den Deutschen verhindert werden könnten, wenn sie von den Grossmächten für lebensnotwendig erkannt und nicht mit irgendwelchen konkreten Massnahmen zur Wiederherstellung der Einheit verbunden würden;
6. dass vor allem die Sowjetunion zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereit sein könnte, seine politischen, militärischen und wirtschaftlichen Machtpositionen in der DDR zugunsten eines wiedervereinigten, höchstens militärisch neutralen Deutschland zu opfern, angesichts der Tatsache, dass eine Liquidierung des kommunistischen Systems in der DDR die Stabilität im Machtgefüge des Ostblocks mit Sicherheit gefährden und damit die Lebensinteressen der Sowjetunion ernsthaft bedrohen würde.

V. Wiedervereinigungspolitik nach altem Muster oder Politik der Verklammerung Deutschlands?

Geht man von diesen Prämissen aus - und man kann wohl kaum umhin, sie zumindest nicht als abwegig zu bezeichnen - so stellt sich natürlich die Frage, ob eine Politik der deutschen Wiedervereinigung heute oder in absehbarer Zukunft überhaupt noch möglich ist. Diese Frage ist so, wie sie gestellt wurde, freilich nicht zu beantworten. Denn es ist zunächst notwendig, den Begriff einer "Wiedervereinigungspolitik" selbst zu klären.

Wir Freien Demokraten haben, wie wohl mehr oder minder alle Deutschen, m.E. bisher diesen Begriff viel zu eng gefasst. Wiedervereinigungspolitik bedeutete bisher für die Deutschen und ihre Politiker entweder Deutschlandkonferenzen, vertragliche Abmachungen der Vier Mächte über Deutschland, Friedensvertrag mit Deutschland oder auch Forderung nach freien Wahlen, Demonstrationen für die deutsche Einheit und Kuratoriumsaktionen wie "Dein Päckchen nach drüben" oder Illuminationen am "Tag der deutschen Einheit".

Wie immer man über Wert oder Unwert einer solchen "Wiedervereinigungspolitik" denken mag, spätestens nach dem 13. August sollten unserem Volke eigentlich Zweifel gekommen sein, ob diese Methoden uns der deutschen Einheit jemals einen Schritt näher bringen werden. Es spricht darum sehr viel dafür, dass unsere Wiedervereinigungspolitik künftig einen neuen Inhalt bekommen muss, um überhaupt einmal wirksam werden zu können, was sie ja bisher - wie man sieht - keinesfalls gewesen ist.

1. Worauf aber kommt es jetzt dabei an? Auf neue Konferenzen der Vier Mächte über die deutsche Wiedervereinigung, bei denen nach Lage der Dinge doch keine Resultate zu erwarten sind? Oder auf eine Politik des Westens, die es ermöglicht, die zentrifugalen Tendenzen in Deutschland abzustoppen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass es, wenn die deutsche Frage später einmal endgültig gelöst werden kann, dann überhaupt noch etwas zu vereinigen gibt?

d) Es kann wohl kein Zweifel bestehen, dass das letztere Ziel auf jeden Fall auch dann ernsthaft ins Auge gefasst werden muss, wenn man die Hoffnung hegt, auf dem alten, gewissermassen "konservativen" Weg zur deutschen Einheit auch jetzt noch einige Fortschritte machen zu können.

Denn man muss auf jeden Fall von der Möglichkeit ausgehen, dass die Wiedervereinigung auf absehbare Zeit nicht in einem Zug oder in genau festgelegten kurzfristigen Phasen zu bewerkstelligen ist, sondern vielmehr nur in zahlreichen, sich über lange Zeit-

spannen erstreckende Etappen mit dem konkreten und kurzfristigen Ziel einer Wiederannäherung der beiden deutschen Teile erreicht werden kann.

b) Dieser langwierige und sicherlich auch mühsame Prozess setzt aber eine Normalisierung der politischen Verhältnisse in der DDR unabdingbar voraus, d.h.: der in den anderen Staaten des Ostblocks mehr oder minder weit fortgeschrittene Entstalinisierungsprozess muss nunmehr auch auf die Zone übergreifen und dort zu einer Liberalisierung des politischen Lebens führen.

2. Das bedeutet, dass wir unsere Maximalprogramme für die deutsche Einheit nunmehr unverzüglich durch Minimalprogramme ergänzen müssen, die es uns ermöglichen, schon jetzt etwas für das grosse nationale Ziel praktisch zu tun, ohne dabei von vornherein auf den hartnäckigen Widerstand aller vier Mächte zu stossen. Heisst das Fernziel nach wie vor die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit, so lautet das Nahziel: Entstalinisierung Mitteldeutschlands und Wiederverklammerung der beiden deutschen Teile.

Wie aber kommt man diesem Nahziel näher?

Wir müssen zweifellos davon ausgehen, dass eine Milderung des politischen Systems in der Zone nur dann möglich sein wird, wenn die Sowjetunion nicht befürchten muss, dass eine Liberalisierung Mitteldeutschlands zu einem neuen 17. Juni, zum Ausscheren der Zone aus dem Ostblock und damit zum Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums insgesamt führt.

a) Will man die Zone entstalinisieren, so muss man also vom Westen aus zunächst einmal bestimmte Verpflichtungen eingehen, die eine Fortexistenz der DDR im Ostblock bis zur endgültigen Lösung der deutschen Frage möglich macht. Das aber bedeutet:

- aa) Der Westen muss die Zweistaatlichkeit Deutschlands anerkennen und die Souveränität der DDR bis zur Wiedervereinigung respektieren;
- ab) Aufgabe der Bundesrepublik wird es sein, die sogenannte Hallstein-Doktrin vor allem gegenüber Osteuropa zu liquidieren und die diplomatischen Beziehungen zumindest mit den unmittelbaren Nachbarn Deutschlands, Polen und der Tschechoslowakei aufzunehmen;
- ac) der Westen wird nicht umhin können, dem "Einfrieren" des gegenwärtigen atomaren Status der Bundesrepublik zuzustimmen und sich bereit zu erklären, Westdeutschland in militärische Inspektionszonen gegebenenfalls auch schon vor der Lösung der deutschen Probleme einzubeziehen; in diesem Zusammenhang ergibt sich m.E. die zwingende Notwendigkeit, den von der amerikanischen Regierung inzwischen abgelehnten Zweistufen-Plan des polnischen Aussenministers Rapacki vom März d.J. erneut zu prüfen, der die Schaffung einer atomfreien und militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa unter internationaler Kontrolle vorsah;
- ad) der Westen wird sich verpflichten müssen, die Funktionen Westberlins als eines Propagandazentrums gegen den kommunistischen Block weitgehend abzubauen und diese Stadt zu einem Zentrum internationaler und gesamtdeutscher Institutionen auszubauen;
- ae) der Westen muss sich schliesslich zumindest auch verpflichten, die gegenwärtigen deutschen Ostgrenzen bis zu einer endgültigen vertraglichen Regelung in einem deutschen Friedensvertrag offiziell zu respektieren.

- b) Natürlich setzen solche weitgehenden westlichen Zugeständnisse entsprechende östliche Gegenleistungen voraus. Und zwar:
- ba) Die Absetzung der Ulbricht-Gruppe und ihre Ersetzung durch die Vertreter der gegen Ulbricht gerichteten Opposition in der SED;
  - bb) die Durchführung einer umfassenden Entstalinisierung in der Zone auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Justiz und der Kultur;
  - bc) die Entlassung der politischen Häftlinge aus den DDR-Gefängnissen;
  - bd) die Beseitigung der Mauer in Berlin und Wiederherstellung der Freizügigkeit in der deutschen Hauptstadt;
  - be) eine Garantie der Sowjetunion und der DDR für die Freiheit Westberlins und die Verbindungswege zu Lande, zu Wasser und in der Luft von und nach Berlin, die Internationalisierung bestimmter Strassen und Eisenbahnlinien in beiden Teilen Deutschlands;
  - bf) Wiederherstellung des Reiseverkehrs zwischen beiden Teilen Deutschlands, die Intensivierung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik.
- c) Beide Seiten müssten sich zudem verpflichten, sofort gesamtdeutsche Kommissionen einzusetzen, deren Aufgabe es wäre, auf wirtschaftlichem, kulturellen und politischen Gebiete zu einer Zusammenarbeit zwischen Bonn und Ost-Berlin zu kommen.

Das Ziel aller dieser Massnahmen wäre, eine rasche und wirksame Entspannung der politischen und militärischen Lage

in Mitteleuropa und zugleich eine Verklammerung der beiden deutschen Teilstaaten für die vielleicht noch lange währende Übergangsperiode bis zu dem Zeitpunkt, an dem eine staatliche Zusammenführung der beiden Deutschlands möglich wird.

## VI. Fragen, Probleme und Hoffnungen einer neuen Wiedervereinigungs-Konzeption

Wer solchen Gedankengängen nähertreten will, dem stellen sich zunächst drei entscheidende Fragen:

- 1.) Sind wir Deutschen überhaupt berechtigt, auch nur einen temporären "Verzicht" auf die Wiedervereinigung auszusprechen?
- 2.) Ist es möglich oder wahrscheinlich, dass die Sowjeta einer solchen Deutschland-Konzeption zustimmen würden?
- 3.) Welche Vor- und Nachteile bietet ein solcher Plan dem deutschen Volk der Bundesrepublik und ihren Verbündeten?

zu 1) Es ist in Deutschland und also auch in unserer Partei allgemeine Auffassung, dass jede Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands einen Bruch unserer Verfassung und der in der Präambel des Grundgesetzes niedergelegten Prinzipien darstelle. Doch ist diese Unvereinbarkeit der Präambel mit einer De-jure- oder De-facto-Anerkennung der Zone m.E. nur eine Fiktion.

Zunächst muss einmal festgehalten werden, dass die Väter des Grundgesetzes in den Jahren 1948/49 selbstverständlich keine Ahnung hatten und haben konnten, wie sich das deutsche Problem im Jahre 1962 darstellen wird. Vor dreizehn Jahren erschien eine kurzfristige Wiedervereinigung durch freie Wahlen ganz allgemein als nicht nur möglich, sondern sogar als

höchst wahrscheinlich. Damals gab es weder eine Mauer in Berlin noch eine mit Stacheldraht und Todesstreifen versehene Zonengrenze. Der Personen- und Güterverkehr floss zwischen beiden Teilen Deutschlands genau so ungehindert wie zwischen den einzelnen Besatzungszonen Westdeutschlands. Und es gab vor allem auch noch keine deutschen Regierungen, weder in Ost noch in West.

Die Situation hat sich seit der Verabschiedung des Grundgesetzes in Deutschland von Grund auf gewandelt. Gegenwärtig bestehen auf deutschem Boden tatsächlich zwei Regierungen und zwei völlig unterschiedliche politische Systeme, wobei es zunächst völlig unerheblich ist, ob das Zonenregime gegen die Mehrheit der Bevölkerung regiert oder nicht.

Entscheidender ist es jedoch, nach dem wirklichen Sinn dieses Satzes in der Präambel zu fragen, dass das "gesamte deutsche Volk ... aufgefordert (bleibt), in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Hier steht nämlich nichts darüber, auf welchem Wege und in welchem Zeitraum diese Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet werden soll. Der Satz besagt doch nur, dass die Deutschen nicht auf die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit verzichten dürfen, ganz gleich, wann und unter welchen besonderen Umständen diese Wiedervereinigung zustande kommt.

In der gegenwärtigen Entwicklung der deutschen und internationalen Politik aber ist es falsch, die Anerkennung eines zweiten Deutschlands mit einem Verzicht auf Wiedervereinigung gleichzusetzen. Denn diese Anerkennung soll ja nach nicht erfolgen trotz der Verpflichtung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit, sondern im Gegenteil um eine Wiedervereinigung, wenn

auch zu einem vielleicht noch fernen Zeitpunkt, überhaupt möglich zu machen.

Man könnte sogar sagen: Wenn es feststeht, dass Fortschritte auf dem Wege zu einer Wiedervereinigung gegenseitig n u r über die Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands möglich sind, so verpflichtet uns der Auftrag des Grundgesetzes als Deutsche dazu, diesen Weg zu gehen. Ein Bruch der Verfassung wäre mithin dann gegeben, wenn man nicht alle sich bietenden Chancen zu einer Wiederannäherung der beiden deutschen Teile und damit zur Schaffung einer realen Ausgangssituation für die Wiedervereinigung nutzt.

Die FDP hat übrigens ihre Bereitschaft zu einer De-facto-Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands bereits offiziell ausgesprochen. Die im Deutschlandplan unserer Partei vorgesehenen Auftragsverhandlungen der "staatlichen Organe in beiden getrennten Teilen Deutschlands" setzen konsequenterweise voraus, dass es zwei "Staatsgebilde" in Deutschland gibt, wie sich denn auch unser Friedensvertragsentwurf dieser Vokabel bedient.

Der Einwand, dass die "De-facto-Anerkennung" ja nur deshalb erfolgt sei, weil nur so die beiden deutschen Teilstaaten an den Beratungen über die Wiedervereinigung beteiligt werden können, und dass es sich hier um eine De-facto-Anerkennung lediglich mit dem Ziel zur Liquidierung der Zweistaatlichkeit handele, rechtfertigt natürlich auch jenen anderen Weg, der die "Zweistaatlichkeit" zur Voraussetzung einer Annäherung der beiden deutschen "Staatsgebilde" und damit auch zur Wiedervereinigung Deutschlands macht.

Bleibe noch, darauf hinzuweisen, dass die Sowjetunion niemals ihre Forderung nach Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands mit dem Postulat nach einem Wiedervereinigungsverzicht des deutschen Volkes verknüpft hat. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. Moskau hat diese Anerkennung zur Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit gemacht.

- zu 2) Auf die Frage, ob man die Sowjetunion für ein solches Konzept gewinnen könnte, das auf der Basis gegenseitiger Konzessionen zu einer Zwischenphase der Wiederverklammerung der beiden deutschen Teilstaaten führen könnte, kann selbstverständlich gegenwärtig niemand eine verbindliche Antwort geben. Immerhin dürfte ein solches Projekt für die Sowjets auf jeden Fall leichter zu schlucken sein als die bisherigen Forderungen der Westmächte und der Bundesrepublik nach einer freiheitlich demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands zu diesem Zeitpunkt, die ja nicht mehr und nicht weniger als eine totale Kapitulation Moskaus in der Deutschlandfrage voraussetzt.

Der vorgenannte Weg der Verklammerung führt auf jeden Fall zu keinem Gesichtsverlust der UdSSR. Er zwingt den Kreml nicht, in dieser Phase der internationalen Entwicklung Mitteldeutschland dem "Kapitalismus" zu opfern, sondern bringt ihm sogar die seit langem so hartnäckig angestrebte vorläufige Anerkennung des gegenwärtigen Besitzstandes durch den Westen. Die Gefahr eines Konflikts um Deutschland und Berlin zwischen Ost und West wird auf ein Minimum reduziert, das Wettüben wesentlich verlangsamt, so dass der Kreml sich weitaus stärker als bisher dem wirtschaftlichen Aufbau und Ausbau in seinem Lande widmen kann, der andererseits mit einiger Wahrscheinlichkeit zu einer weiteren Milderung des innenpolitischen Klimas in der Sowjetunion führen wird.

Die Vorteile einer solchen westlichen Deutschlandpolitik gegenüber der bisherigen liegen für den Kreml auf der Hand, und darum ist es auch keineswegs sicher, dass jener im OBSERVER am 25. November 1961 veröffentlichte sowjetische Deutschland- und Berlin-Plan nur ein Versuchsballon ohne ernstere Absichten gewesen ist. Die Hauptpunkte dieses Planes waren:

- a) Abschluss eines Friedensvertrages mit der Sowjetzonenrepublik und der Bundesrepublik. Verzicht auf weitere sowjetische Reparationsforderungen. Beide deutschen Staaten sollen Mitglied der UNO werden.
- b) Beendigung des Viermächtestatus in Berlin und Anerkennung der Teilung der Stadt. West-Berlin soll jedoch als ein Teil der Bundesrepublik anerkannt werden, mit "territorialen Veränderungen hinsichtlich eines westlichen Korridors nach Berlin" und von den vier Grossmächten garantierten freien Zugangsrechten.
- c) Beseitigung der Berliner Mauer und Wiederherstellung bzw. Verbesserung der Verbindungen zwischen der Sowjetzonenrepublik und der Bundesrepublik.
- d) Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Sowjetzonenrepublik. Das Ulbricht-Regime soll durch eine "annehmbare" Regierung ersetzt werden. Als Nachfolger Ulbrichts wird General Stoph genannt. (Nach dpa 40 al v. 25.2.1962 1244)

Solche und ähnliche Gedanken hörte man in den letzten Monaten wiederholt aus sowjetischen Kreisen. Natürlich können erst ernsthafte Verhandlungen über diese Fragen klären, wie weit Moskau tatsächlich zu einer solchen oder ähnlichen Modifizierung seiner Berlin- und Deutschlandpolitik bereit ist.

zu 3) Es scheint so, dass bei einer Einigung von Ost und West über die vorerwähnte Verklammerung der beiden deutschen Teilstaaten die Vorteile für den Westen und speziell für das deutsche Volk nicht weniger gross sein würden als die für die Sowjets.

Die Vorteile für den Westen ganz allgemein sind:

Die Bundesrepublik bleibt in allen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gemeinschaften des Westens, die Integration Westeuropas kann ohne Störungen fortgesetzt, die militärische Sicherheit des Westens braucht nicht in Frage gestellt zu werden.

Durch die Verminderung der Kriegsgefahr in Europa können auch die freien Völker ihre Rüstungsanstrengungen reduzieren, ihren wirtschaftlichen Aufstieg beschleunigen und ihre Überlegenheit über das kommunistische System noch sichtbarer unterstreichen. Die besorgten Reaktionen des Ostblocks auf die Entwicklung der EWG in jüngster Zeit zeigen, wie wichtig es für den Westen ist, Zeit für den weiteren Aus- und Aufbau seiner wirtschaftlichen und politischen Macht zu gewinnen.

Das Berlin-Problem wird wesentlich entschärft, eine für beide Seiten akzeptable Interimslösung bis zur Wiedervereinigung möglich und damit auch die Funktion dieser Stadt als Hebel für sowjetische Pressionen gegenüber dem Westen weitgehend beseitigt.

Die Vorteile für die Bundesrepublik sind:

Das Misstrauen des Westens gegen die Deutschen verschwindet, im Westen wird den Rapallo-Komplexen, im Osten der Angst vor dem deutschen "Revisionismus" der Boden entzogen. Die deutsche Innenpolitik und auch wir Freien Demokraten werden nicht mehr hin- und hergerissen

zwischen unserem Verlangen, die Wiedervereinigung Deutschlands zu ermöglichen und zugleich unseren Verpflichtungen als Verbündete des Westens getreulich nachzukommen. Die bisherige Unvereinbarkeit von Westintegration und Wiedervereinigungspolitik verschwindet. Die Politik der Verklammerung Deutschlands steht nicht wie unsere bisherige Wiedervereinigungspolitik in unlösbarem Widerspruch zur NATO oder zur EWG, sie kann vielmehr harmonisch miteinander verbunden werden.

Diese Politik führt auf lange Sicht naturgemäß auch zu einer innenpolitischen Entspannung in Westdeutschland und zu der Beseitigung der Kluft zwischen den leidenschaftlichen Verfechtern einer Wiedervereinigungspolitik jetzt und heute und jenen politischen Kräften, die eine Lösung der deutschen Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt aus mannigfaltigen Gründen für unmöglich halten. Einer echten gemeinsamen Deutschlandpolitik aller demokratischen Parteien in der Bundesrepublik stünde dann nichts mehr im Wege.

Die Vorteile für die deutsche Nation:

Zum ersten Male nach 17 Jahren würden, obwohl die Wiederherstellung der staatlichen Einheit noch auf sich warten lässt, für alle Deutschen sichtbare und spürbare Verbesserungen des Lebens im geteilten Deutschland wirksam. Das gesamtdeutsche Bewusstsein erführe mit Sicherheit eine enorme Stärkung, die psychischen, materiellen und politischen Belastungen, die die Teilung Deutschlands vornehmlich für die Bewohner der Zone mit sich brachte, werden wesentlich reduziert, die "innere Wiedervereinigung" kann, wenn auch unter gewissen durch die politische Lage sich ergebenden Einschränkungen unverzüglich beginnen. Ein realistisches Fundament für die staatliche Einigung wird gebaut. Die deutsche Wiedervereinigung ist kein Traum, keine Illusion, keine Fiktion mehr,

sondern wird für alle Menschen diesseits und jenseits der Zonengrenze zu einer wenn auch Klugheit, Geduld und Zurückhaltung erfordernden Realität des täglichen Lebens.

Die Nachteile einer solchen Politik für den Westen insgesamt sind demgegenüber relativ geringfügig.

Sie treffen vor allem die Bundesrepublik Deutschland und liegen darin, dass

- a) ihr seit 1949 erhobener Anspruch auf alleinige staatliche Repräsentation Deutschlands hinfällig wird;
- b) dass damit voraussichtlich auch in allen Hauptstädten der Welt bis zur Wiedervereinigung zwei deutsche diplomatische Vertretungen zu finden sein werden und die DDR eine wesentliche internationale Aufwertung erfährt;
- c) dass sich die Bundesregierung einiger angeblicher oder tatsächlicher Druckmittel gegenüber den Vier Mächten begibt, um sie zu Verhandlungen und Vereinbarungen über die deutsche Wiedervereinigung zu zwingen;
- d) dass es also letzten Endes von den Deutschen hängen wird, ob die staatliche Einheit eines Tages wiederhergestellt werden kann oder nicht.

## VII. Konsequenzen und Schlussbemerkung

Es steht ausser jeder Frage, dass die FDP, auch wenn sie die Gedankengänge akzeptieren würde, jetzt nicht auf einmal das Steuer in der Deutschlandpolitik herumreissen und mit einem neuen Wiedervereinigungsplan (oder "Verklammerungsplan") an die Öffentlichkeit treten kann.

Sie kann es nicht, weil die deutsche Öffentlichkeit bislang nur in sehr geringem Maße auf solche Gedanken vorbereitet ist. Heute, im Sommer 1962, würden ihr wahrscheinlich noch viele ihrer Wähler fortlaufen, wenn die Partei versuchen wollte, ihnen die seit 17 Jahren bestehende Hoffnung zu nehmen, dass durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in überschaubarer Frist die Einheit Deutschlands wiederhergestellt werden könnte. Das kann allerdings möglicherweise schon bald anders sein.

Die FDP kann es desweiteren nicht, weil auch die Mitglieder unserer Partei in der Masse durch solche Erwägungen zumindest ebenso schockiert würden wie die breite deutsche Öffentlichkeit. Eine so entscheidende Änderung der Deutschlandkonzeption ist, wenn überhaupt, nur möglich, nachdem die Partei bereits den Boden für solche Gedankengänge genügend bereitet hat.

Die Partei kann schliesslich auch deshalb nicht zu diesem Zeitpunkt mit einem neuen "Wiedervereinigungsplan" an die Öffentlichkeit treten, weil sie als Koalitionspartner naturgemäss verpflichtet ist, sich aller aussenpolitischen oder nationalpolitischen Extratouren zu enthalten und jeweils in all diesen Fragen mit ihrem Partner weitgehend abzustimmen.

Es empfiehlt sich also: vorerst bei den in unserem Deutschlandplan und im Koalitionsabkommen niedergelegten Postulaten zur Berlin- und Deutschlandpolitik zu verharren, die ja als Maximalprogramm noch immer durchaus richtig und zukunftssträchtig sind, in der Hoffnung, dass die CDU/CSU wenigstens diese Forderung der FDP eines Tages auch zu den ihren macht. Damit wäre schon viel gewonnen, denn man hätte dann diese Partei in ihrer Deutschland-Konzeption von ihren noch aus dem Jahre 1949 stammenden Gedankengängen ab- und wenigstens auf den Stand des Jahres 1959 gebracht. Das aber dürfte eine solidere Basis für eine gemeinsame Deutschlandpolitik der CDU und FDP schaffen.

Vielleicht ist es sogar empfehlenswert, dass der Westen in der kommenden Zeit sich noch einmal der von uns vorgeschlagenen, gewissermassen "konservativen" Mittel in der Deutschlandpolitik bedient. Denn, wenn auch wenig dafür spricht, dass künftige Vier-Mächte-Verhandlungen über die Wiederherstellung der deutschen Einheit - ganz gleich, mit welchem Konzept sie geführt werden - erfolgreich verlaufen werden, so brächte ein westlicher Vorstoss in Richtung auf eine neue Deutschland-Konferenz dem Westen doch wenigstens einen Zeitgewinn und würde zudem Berlin für eine gewisse Zeitspanne noch einmal entlasten. Freilich darf man nicht verkennen, dass ein solcher Vorstoss des Westens schon deshalb nicht sehr wahrscheinlich ist, weil auf der Tagesordnung einer solchen Vier-Mächte-Konferenz natürlich der politische und militärische Status des zukünftigen Deutschland zur Debatte stehen müsste, der sowohl für den Osten als auch für den Westen offenbar gegenwärtig nicht diskutabel erscheint.

Wie auch immer man die Chancen neuer Deutschland-Konferenzen beurteilen mag: Die FDP muss auf jeden Fall unverzüglich die deutsche Lage noch einmal von Grund auf neu durchdenken und zunächst für sich, zum geeigneten Zeitpunkt dann auch für die Öffentlichkeit (nach Abstimmung mit dem Koalitionspartner) die unvermeidlichen Entscheidungen in der deutschen Frage treffen. Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass wir auch bei einer sofortigen Überarbeitung unseres Deutschland-Konzeptes durch Ereignisse überrumpelt werden, die sich möglicherweise noch in diesem Sommer an den Frontlinien des Kalten Krieges abspielen. Denn es spricht einiges dafür, dass noch in diesem Jahre sowohl von der Sowjetunion als auch von den Vereinigten Staaten gewisse Initiativen in der deutschen Frage ergriffen werden, die unter anderem darauf hinzielen, die Kontakte zwischen den beiden deutschen Teilstaaten zu intensivieren und auf diesem Wege eine gewisse Normalisierung der Lage in Deutschland zu erreichen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass die Sowjetunion noch in einigen Monaten ern

den Versuch machen wird, zweiseitige Gespräche mit Bonn über die deutsche Frage aufzunehmen. Dabei könnte es sein, dass Moskau zu Konzessionen in Berlin und Deutschland bereit ist, wenn die Bundesrepublik die spezifischen Interessen der UdSSR in Mitteleuropa respektiert. Für diese Fälle aber steht weder der Bundesregierung noch der Freien Demokratischen Partei ein brauchbares Konzept zur Verfügung, sondern nur allgemeine und gegenwärtig kaum realisierbare Maximalforderungen nach Wiederherstellung der deutschen Einheit.